

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 38. 31. Jahrg.

20. Septbr. 1918

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN,
LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.**

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluß: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. :: Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkenditz, Anguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Öffentliche Bewirtschaftung oder freier Handel? Rundschau. Gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung! Die Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler. Keine sozialpolitischen Klauseln in den deutsch-russischen Ergänzungsverträgen. — **Allgemeines:** Gegen die Teuerung! — **Feuilleton:** Der Dr.-Zug. I. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Aufheben!

Aufheben!

Die erhöhten Postgebühren.

Am 1. Oktober tritt wieder eine Erhöhung der Portosätze in Kraft. Um unnötige Ausgaben für Strafporto zu vermeiden, werden die Verwaltungen und Mitglieder ersucht, Nachstehendes genau zu beachten.

Vom 1. Oktober ab kosten:

Briefe im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm	10 Pfg.
„ „ „ über 20-250 Gramm	15 „
„ „ Fernverkehr bis zu 20 Gramm	15 „
„ „ „ über 20-250 Gramm	25 „
(Höchstgewicht für Briefe ist 250 Gramm).	
Postkarten im Ortsverkehr	7½ „
„ Fernverkehr	10 „
Drucksachen bis 50 Gramm	5 „
„ über 50-100 Gramm	7½ „
„ „ 100-250	15 „
„ „ 250-500	25 „
„ „ 500-1000	35 „
(1000 Gramm ist Höchstgewicht für Drucksachen).	
Geschäftspapiere bis 250 Gramm	15 „
„ über 250-500 Gramm	25 „
„ „ 500-1000	35 „
(1000 Gramm ist Höchstgewicht für Geschäftspapiere).	

Pakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm kosten in der ersten Zone (bis 75 Kilometer) 40 Pfg., auf alle weiteren Entfernungen innerhalb Deutschlands 75 Pfg.

Bei Paketen über 5 Kilogramm erhöht sich das Porto je nach der Entfernung und dem Gewicht ganz außerordentlich, so daß z. B. ein Paket innerhalb der 6. Zone (über 1125 Kilometer) im Gewicht von 10 Kilogramm 3,50 Mk. kostet. Es empfiehlt sich daher, bei Sendungen über 5 Kilogramm lieber mehrere Pakete bis zu 5 Kilogramm zu machen.

Auch für Geldsendungen, Telegramme, Ferngespräche, Briefe mit Wertangaben und Warenproben sind die Portosätze erhöht worden. Da jedoch diese Sendungen für unseren Verkehr weniger in Betracht kommen, empfiehlt es sich, in vorkommenden Fällen Auskunft bei den örtlichen Postämtern einzuholen.

Geldsendungen der Mitgliedschaftskassierer an die Hauptkasse sind durch Benutzung der dazu von uns zu beziehenden Postscheckformulare an unsere Bank in Hamburg zu vollziehen.

Ferner möchten wir noch darauf hinweisen, daß den **Drucksachen** und **Geschäftspapieren** keine **schriftlichen Mitteilungen** beigelegt werden dürfen und daß **Geschäftspapiere** und **Drucksachen** richtig frankiert sein müssen, da diese sonst nicht befördert werden.

Um gewissenhafte Beachtung des Vorstehenden bittet

Der *Verbands*vorstand.

Öffentliche Bewirtschaftung oder freie Wirtschaft?

Bald nach Kriegsausbruch haben die breiten Schichten der Verbraucher durch ihre berufenen Vertretungen, die Generalkommission der Gewerkschafter Deutschlands und den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie, Forderungen zur Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung während des Krieges geltend gemacht. Sie gingen darauf hinaus, alle für die Volksernährung in Betracht kommenden Nahrungsmittel sicherzustellen und unter Umständen zu beschlagnahmen, den Anbau und die Erzeugung der notwendigsten Nahrungsmittel zu regeln und alle verfügbaren Nahrungsmittelmengen der freien Wirtschaft zu entziehen und sie zum Zwecke der gleichmäßigen Verteilung und gerechten Versorgung aller Bewohner Deutschlands ohne Rücksicht auf den Stand, die Einkommensverhältnisse und den Wohnort in öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen.

Würden die Vorschläge rechtzeitig und entschieden in die Tat umgesetzt worden sein, dann wäre der durch die Absperrung Deutschlands vom Außenhandel bedingte Mangel auf die gesamte deutsche Bevölkerung gleichmäßig verteilt und dadurch für den einzelnen nur wenig fühlbar geworden; die restlose Erfassung der in Deutschland selbst erzeugten Nahrungsmittelmengen hätte eine zwar etwas eingeschränkte, aber immer noch ausreichende Ernährung jedes Volksgenossen möglich gemacht. Leider ließ es die Regierung aber an diesem festen und rechtzeitigen Zugreifen fehlen. Aus Rücksicht auf die der öffentlichen Bewirtschaftung entgegenwirkenden starken Interessentengruppen in der Landwirtschaft und im Handel führte sie die zur Sicherung der Volksernährung notwendigen Maßnahmen nur zögernd und zaghaft durch, oft erst dann, wenn diese Maßnahmen schlechterdings nicht mehr zu umgehen waren, und in vielen Fällen so spät, daß kaum noch etwas zu retten war.

Die Folgen dieser Nachgiebigkeit und Unentschlossenheit machten sich bald in der steigenden Zurückhaltung großer Nahrungsmittelmengen durch die Erzeuger und damit in einer Verschärfung des Mangels bemerkbar, der für die Verbraucher in einer Verringerung der zur Verteilung gelangenden Mengen fühlbar wurde. Zur Vergrößerung der kleinen und unzureichenden Rationen suchten erst kleine, bald aber immer größere Scharen von Verbrauchern, die über die nötige Kaufkraft verfügten, die der öffentlichen Bewirtschaftung vorenthaltenen Nahrungsmittelbestände auf Schleichwegen aufzukaufen. Der Schleichhandel mit seinen trüben Begleitscheinungen, der maßlosen Preistreiberei und Auswucherung der Verbraucher, schoß immer üppiger ins Kraut. Die unsinnigen Schleichhandelspreise konnten wieder nicht ohne Einwirkung auf die Preise der der öffentlichen Bewirtschaftung zugeführten Erzeugnisse bleiben. Die Höchstpreise wurden ein über das andere mal hinaufgedraubt zum Schaden und zum Schrecken der Verbraucher.

Die Erzeuger freilich waren durch den Schleichhandel und seine Wirkungen auf den Geschmack gekommen und ihr Appetit stieg mit dem Essen. Das zeigte sich in einer immer stärker werdenden Vorenthaltung ablieferbarer Erzeugnisse und in der Sicherung ständig größer werdender Nahrungsmittelmengen für den höchste Gewinne abwerfenden Schleichverkehr. So wurde die öffentliche Bewirtschaftung immer mehr unterwühlt. Und jetzt halten ihre Feinde die Zeit für gekommen, sie mit einem letzten gewaltigen Ansturm ganz über den Haufen zu werfen und an ihrer Stelle wieder die sogenannte »freie Wirtschaft« aufzurichten!

Bei der Stimmungsmache für ihre eigensüchtigen Bestrebungen ist ihnen kein Mittel zu schlecht. Man schwenkt den roten Lappen und bezeichinet die öffentliche Bewirtschaftung als »sozialistisch«, obwohl der aus der Not der Zeit geborene Kriegssozialismus mit wirklichem Sozialismus rein garnichts gemein hat. Die echt sozialistische Warenverteilung setzt die sozialistische Warenerzeugung voraus, die natürlich unter der kapitalistischen Produktionsweise ausgeschlossen ist. Dann stellt man es so dar, als sei der herrschende Mangel eine Folge der »Zwangswirtschaft«, während doch tatsächlich die öffentliche Bewirtschaftung als Notbehelf gegen den Mangel in Angriff genommen werden mußte, also eine Folgeerscheinung des Mangels war. Dem Volke sucht man glauben zu machen, daß es bei freier Wirtschaft weit besser und reichlicher versorgt werden könnte als bei der öffentlichen Bewirtschaftung, wobei man zu bemerken vergißt, daß man in diesem Falle unter dem Begriff Volk nur die wirtschaftlich starken und zahlungsfähigen Volkskreise versteht.

Das haben diese Kreise in ihrer eigennützigen Sucht, sich auf Kosten der Allgemeinheit eine bessere und reichlichere Versorgung zu sichern, auch recht gut begriffen. Bei ihnen ist die Stimmungsmache auf fruchtbaren Boden gefallen und sie unterstützen tatkräftig die gegen die öffentliche Bewirtschaftung gerichteten Bestrebungen. Diese erhielten feste Form in dem Antrag Roesicke. Er verlangt die Beschränkung der Ablieferungspflicht der Erzeuger auf einen Teil ihrer Erzeugnisse, der dann für die Bevölkerung mit niedrigem Einkommen öffentlich bewirtschaftet werden solle, während der andre Teil der Erzeugnisse der freien Wirtschaft zur Versorgung der besser gestellten Bevölkerungsschichten im freien Handel zugeführt werden müsse. So bestechend diese Vorschläge beim flüchtigen Betrachten wirken mögen, so nachteilig würde ihre Verwirklichung für die allgemeine Nahrungsmittelversorgung und für die Preisgestaltung sein.

Beim Getreide wäre eine Kontrolle der freiverkauften Menge kaum noch möglich; mindestens würde sie außerordentlich erschwert werden und für die öffentliche Bewirtschaftung bliebe immer weniger übrig. Die Folgen einer erschwerten Kontrolle zeigen sich schon heute in der Milderung, die kaum noch

für die Kinder und Kranken ausreicht, während die Milch, besonders in Form von Butter, im Schleichhandel zu ungeheuren Preisen reichlich zu haben ist. Auch der letzte Rest von Milch und Milchprodukten würde bei der Verwirklichung des Systems Roesicke aus der öffentlichen Bewirtschaftung noch verschwinden und für die Kinder und Kranken der Minderbemittelten würden sie überhaupt nicht mehr zu beschaffen sein; wohlhabende Verbraucher erhielten allerdings wieder ihre fette Sahne zum Kaffee und ihr gutgestrichenes Butterbrot. Bei den Kartoffeln wäre unter der durchlöchernden öffentlichen Bewirtschaftung jedem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet; die Riesengewinne verheißende Verbrennung zu Branntwein käme sofort wieder in Schwung und die Sicherung der Rationen der Unbemittelten wäre in Frage gestellt. Auch die Verfütterung wichtiger menschlicher Lebensmittel zum Zwecke der hohen Verdienste versprechenden Viehzucht und Schweinemast würde unbeschränkt aufblühen, obwohl dadurch ungeheure Nährwerte verloren gehen müßten, da uns das Vieh, besonders das Schwein, in Form von Fleisch nur einen Bruchteil der Nährwerte wieder zurückerstattet, die zu seiner Aufzucht verschwendet werden müssen.

Alles in Allem würde also die durch den Antrag Roesicke angestrebte Legitimierung des Schleichhandels und Durchlöcherung der öffentlichen Bewirtschaftung die Volksernährung in der Kriegszeit geradezu in Frage stellen. Sie müßte zu einem wilden Weitauf der Verbraucher beim Aufkauf von Lebensmitteln führen, durch den die Preise noch weit mehr, als es unter der Kriegswirtschaft leider schon geschehen ist, in die Höhe getrieben würden. Die Preisgestaltung würde schließlich einen Stand erreichen, der zwar einer kleinen Zahl besonders zahlungsfähiger Verbraucher eine überreichliche Versorgung ermöglichte, die große Masse der minderbemittelten Verbraucher aber noch mehr als bisher zur Unterernährung verurteilte und Not und Elend bis zur Unerträglichkeit steigerte. Die Folgen würden sich in einem weiteren Anschwellen der Kriminalität, in einer Verschärfung des Geburtenrückganges und der Kindersterblichkeit, in der Steigerung der allgemeinen Sterblichkeitsziffern und in einer weiteren Verschlechterung des Gesundheitszustandes und der Arbeits- und — worauf ja von den herrschenden Klassen immer der größte Nachdruck gelegt wird — der Wehrfähigkeit in erschreckendem Maße zeigen. Sie würden für das Volksganze unbedingt verheerend sein! Wohin die freie Wirtschaft in der Kriegszeit führt, das sollten uns die Zustände in Osterreich deutlich und nachdrücklich genug bewiesen haben. In Deutschland selbst liefern uns der Handel und die Preisgestaltung der von der öffentlichen Bewirtschaftung noch nicht oder zu spät erfaßten Waren wie der Möbel, des Schuhwerks, der Kleidung, ein warnendes Beispiel für das im Hinblick auf das Allgemeinwohl und das Volksganze vollständige Versagen der freien Wirtschaft in der Zeit des Warenmangels.

Bei dieser Sachlage muß dem Geschrei gewinnstüchtiger Interessentenkreise, denen die hohen Verdienste, die sie auch unter der Kriegswirtschaft einzuheimsen vermochten, noch zu niedrig sind, und dem Verlangen fettstüchtiger Vielfraße, die sich auf Kosten der Allgemeinheit wie im Frieden mästen möchten, nach Wiederaufrichtung der freien Wirtschaft mit allem Nachdruck die Forderung der Aufrechterhaltung der öffentlichen Bewirtschaftung entgegenzusetzen werden! Sie ist solange unbedingt notwendig, so lange das deutsche Volk unter Mangel leidet und solange nicht wieder ein gewisser Überfluß der zum Leben notwendigen Erzeugnisse festzustellen ist.

Gewiß hat auch die kriegsmäßige öffentliche Bewirtschaftung schwere und fühlbare

Mängel. Diese beruhen aber keineswegs im System, sondern sie sind auf die schon erwähnte unentschlossene, zögernde und ungenügende Durchführung der notwendigsten Maßnahmen und hauptsächlich auch auf den stillen und zähen Widerstand der Verwaltungsbehörden auf dem Lande zurückzuführen, die oft selbst landwirtschaftliche Interessenten und Wortführer des Bundes der Landwirte oder wenigstens mit der Landwirtschaft aufs engste verbunden und verschwägert sind. Ihre passive Resistenz macht oft die Durchführung der dringendsten Maßnahmen zunichte.

Daher muß neben der Aufrechterhaltung auch die entschiedene Durchführung der öffentlichen Bewirtschaftung gefordert werden. Wenn alle in Deutschland nach einem bestimmten Plan erzeugten und alle aus den neutralen Ländern in Deutschland eingeführten Nahrungsmittel wirklich für die gleichmäßige Verteilung erfaßt und ohne Rücksicht auf den Wohnort und die verschiedenen Landesteile ohne Rücksicht auf Stadt und Land gerecht, jedem einzelnen zugeführt würden, dann würde die Volksernährung auch in der schwierigen Zeit des Krieges zwar nicht im Sinne wohlhabender Schlemmer, wohl aber den notwendigsten Bedürfnissen der breiten Schichten entsprechend geregelt sein. Bei diesem entschiedenen Zutracken und Durchgreifen bei der Erfassung und Verteilung würde auch der den Wucher fördernde Schleichhandel überwunden und die Preisgestaltung in erträgliche Bahnen gelenkt werden können.

Schließlich muß aber auch der weitere Ausbau der öffentlichen Bewirtschaftung verlangt werden, hauptsächlich in der Richtung, daß nicht nur während des Krieges, sondern auch in der Übergangszeit bis zum Eintritt einigermaßen normaler Verhältnisse die erzeugenden Kräfte für das Notwendige sichergestellt und davor bewahrt bleiben, in den Dienst der Erzeugung von Luxusgegenständen gezwängt zu werden. Beispielsweise ist der Bau von Luxuswohnungen unbedingt zu verhindern, solange der Kleinwohnungsmangel nicht behoben und die Gefahr der Obdachlosigkeit der unbemittelten Volksschichten nicht beseitigt ist. Ebenso müßte nach Friedensschluß und beim Wiederaufleben unseres Überseeverkehrs der Schiffsraum der Zufuhr wichtiger Nahrungsmittel vorbehalten bleiben, statt daß er zur Einfuhr von Genußmitteln gemißbraucht wird, die zwar den Schiffahrtsunternehmern höhere Gewinne abwerfen und die nach fremden Genußmitteln lechzenden Kriegsgewinnler befriedigen, das ausgehungerte Volk aber nicht satt machen würden.

Ohne die öffentliche Bewirtschaftung, verbunden mit einer genauen Regelung der Erzeugung und der Zufuhr aller zum Leben notwendigen Waren kommen wir also nicht nur in der Kriegszeit, sondern auch lange Zeit nach Beendigung des Krieges nicht aus. Die staatliche Überwachung und Regelung der gesamten Wirtschaft ist notwendig, solange der Krieg und seine Nachwirkungen auf dem deutschen Volke lasten. Daher muß von den verantwortlichen Stellen verlangt werden, daß sie sich von den aus Eigennutz die Wiederaufrichtung der freien Wirtschaft fordernden Interessentenklüngeln nicht beeinflussen lassen, sondern mit größerer Entschiedenheit als bisher die Wirtschaftspolitik betreiben, die dem Wohle der großen Mehrheit des Volkes entspricht.

Paul Barthel.

Rundschau.

Zur Entstehung der illustrierten Postkarte. Unser alter, verdienter Kollege Meier-Durst machte uns unter diesem oben wiedergegebenen Titel, in der Nr. 29 der »Graph. Presse«, Jahrgang 1918, mit einem von ihm gemachten Fund bekannt, der in einer Postkarte aus dem Jahre 1873 bestand. Das in Holzschnitz hergestellte Bild zeigt den Wirt der Rudelsburg, wie er einen Lichtenhainer Krug emporhebt. Zu diesem Fund schreibt P. Mitschke in den »Thüringer Monatsblättern«: — — —, daß die erwähnte Postkarte mit dem Bildnis des Rudelsburg-Wirtes Samiel tatsächlich eine der ältesten

Ansichtspostkarten nicht bloß Thüringens, sondern des ganzen Deutschen Reiches ist. Das »Daheim« hat vor vielen Jahren — es mögen 15 oder 20 Jahre her sein — einmal durch Anregung und Umfrage das früheste Auftreten der Ansichtspostkarten festzustellen versucht. Soviel ich mich erinnere, wurde die Schweiz als das Ursprungsland solcher Postkarten herausgefunden, denn dort waren (in Zürich) schon um 1870 dergleichen Karten im Handel. Für Deutschland konnte ich damals die Samiel-Karte, von der ich selber ein im Sommer 1875 abgestempeltes Stück besitze, als eine der ältesten nachweisen, und als Herausgeber und Verleger den Buchdruckereibesitzer H. Sieling in Naumburg bezeichnen. Auch die Entstehungszeit ließ sich ermitteln, es war das Jahr 1874. In meinem Aufsatz »Samiel«, den die »Akademischen Monatshefte« in Nr. 304 vom 1. August 1909 brachten, ist auf Seite 128 das Samiel-Bild der Ansichtskarte von 1874 in scharfer und schöner Ausführung wiedergegeben. Auf Seite 130 sage ich darüber: »In der Regel bediente Samiel seine Gäste ohne Rock, nur in Hemdsärmeln, und erhob beim Grüßen die Rechte mit gestrecktem Zeigefinger bis an die Schulter, während er mit der Linken das Bierkränzchen bis zur Brusthöhe emporbrachte. Der Photograph Gustav Schülze zu Naumburg a. d. S. hat um 1870 ein wohlgelungenes Bildnis Samiels in dieser Stellung angefertigt. Eine der allerersten Ansichtspostkarten, die es im Deutschen Reich überhaupt gab, wiederholte 1874 diese Photographie in freilichem Holzschnitt; sie wurde auf der Rudelsburg von den Fremden viel gekauft und mit Grüßen in die Welt hinausgeschickt, um auch den Angehörigen in der Heimat den ehrenwerten und bekannten Burgwirt in Abbildung vorzustellen.«

Wolle zur Herstellung von Drucktüchern. Nach langen Verhandlungen bewilligten die Behörden der Tapetenindustrie 500 Kilo Wolle zur Herstellung von Drucktüchern. Die Anfertigung ist sofort in die Wege geleitet worden, und es dürfte wohl eine solche Menge sich ergeben, daß jeder Fabrik zunächst 10 Stück zugebilligt werden können. Der verbleibende Rest soll dann unter den größeren Fabriken, die ja naturgemäß auch größeren Bedarf haben, Verteilung finden. Die Tücher werden in sehr guter Qualität hergestellt und von beiden Seiten geschürzt, damit die Ausfransung vermieden wird. Ist auch das von den Behörden freigegebene Quantum noch gering, so ist es doch erfreulich, daß die Drucktücher gleich in so guter Qualität hergestellt werden, daß eine längere Brauchbarkeit gewährleistet ist. Für die nächste Zeit ist somit wiederum der Tapetendruck sicher gestellt. »Die Tapetes.«

Geschäftsberichte: Die Firma *Aktiengesellschaft Chromo in Altenburg, S.-A.* erhöhte ihr Aktienkapital um 125 000 Mk. auf 500 000 Mk. Die Mittel dienen zur Betriebsweiterung. Nach Mitteilung der Verwaltung ist das Unternehmen gut beschäftigt, so daß bei ungestörtem Weiterbetriebe wieder mit einem günstigen Ergebnis gerechnet werden könne (i. V. 8 v. H. Dividende). — Die Firma: *Kunstanstalt B. Groß, A.-G. in Leipzig* gedenkt, infolge guten Geschäftsganges den Verlustvortrag von 168 827 Mk. jetzt tilgen, und darüber noch eine Dividende von 6-8 v. H. auszahlen zu können.

Lehrlinge ohne Entschädigung. Die Reichsversicherungsordnung hat auch die Lehrlinge ohne Lohn dem Krankenversicherungszwange unterworfen und die Krankenkassen sind angewiesen, sie besonders zu zählen. Die Berichte der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin führen folgende Ziffern von Lehrlingen ohne Entgelt auf:

Jahr	Männliche überhaupt	Proz.	Weibliche überhaupt	Proz.	Zusammen
1914	288	0,1	289	0,1	577
1915	675	0,5	479	6,2	1 154
1916	990	0,7	665	0,2	1 655
1917	916	0,8	615	0,2	1 531

Bemerkenswert ist die ständige Zunahme der Lehrlinge ohne Entgelt. Wenn im Jahre 1917 eine kleine Abnahme der absoluten Zahl (aber nur dieser!) eintrat, so ist das darauf zurückzuführen, daß nicht etwa eine Zunahme der Zahl der besoldeten Lehrlinge eintrat, sondern daß die Zahl der Lehrlinge überhaupt abgenommen hat. Es sei ausdrücklich hervorgehoben, daß es sich hier nur um solche Lehrlinge handelt, die überhaupt keine Entschädigung, also kein Taschengeld, keine Beköstigung, keine Wohnung usw. erhalten. Es darf auch nicht übersehen werden, daß in Berlin die Handwerksmeister vorzugsweise den noch bestehenden zahlreichen »besonderen« Ortskrankenkassen angehören. So sind unsere Kollegen im allgemeinen Mitglieder der Ortskrankenkasse der Steinbrucker und Lithographen. Auch in unserem Beruf ist der Unfug der entschädigungslosen Lehre recht verbreitet, besonders in der Lithographie.

Arbeiterkontrollreue in der Steinindustrie. Der Steinarbeiterverband hatte sich vor einigen Monaten erneut an das Reichsversicherungsamt und an die Steinbruchgenossenschaft mit der Bitte um Anstellung von Arbeiterkontrollreuen gewandt. Die Berufsgenossenschaft hat nun auf ihrer vierundzwanzigsten Tagung beschlossen, daß es wünschenswert sei, auch Betriebskontrollreue aus dem Arbeiterstande hinzuzuziehen oder zuzustellen. Am besten werde den technischen Auf-

sichtsbeamten ein tüchtiger erfahrener Meister oder Arbeiter als Gehilfe beigegeben, der für die Zeit der Kontrolltätigkeit beurlaubt und von der Sektion entschädigt werde. Die Auswahl dieser Arbeitervertreter, die Entscheidung über das Bedürfnis nach Arbeiterkontrolleuren im Einzelfall und ihre Anstellung müsse den zehn Sektionen der Berufsgenossenschaft überlassen bleiben. Der »Stein-arbeiter« erkennt das ehrliche Entgegenkommen in diesem Beschluß um so mehr an, als die Berufsgenossenschaft erfreulicherweise weitergeht als das Gutachten des Reichsversicherungsamtes. Die organisierten Steinarbeiter werden den Teilerfolg als Abschlagszahlung annehmen und weiter für die allgemeine Heranziehung von Arbeitern zu allen Arbeiterschutzkontrollen wirken, bis sie durchgesetzt ist.

Das segensreiche Fasten. Herr Erich Schlaikjer bekannt als, strenger Theaterkritiker, weniger als Dichter, rühmt in einem langen Aufsatz der »Täglichen Rundschau« die gesundheitsfördernde Wirkung des Hungerns. »Durch die erzwungene Mäßigkeit ist ein ganzes Heer von Krankheiten ausgerottet worden. Viel aufgeschwemmte fette Weidlichkeit ist aus der Welt geschafft. Die nationale Fastenkur hat körperlich und seelisch eine Reinigung bewirkt.« Auf gewisse, in der Friedenszeit schon im Feß schwimmende und durch Arbeit wenig belästigte Kreise mag diese Feststellung schon zutreffen. Aber das ist doch glücklicherweise nur ein verschwindender Bruchteil des Volkes gewesen, ein Bruchteil, dessen Gesundheit für die Gesamtheit wertlos ist. Um dieser Parasiten willen, die übrigens durch ein viel größeres Heer von Kriegsgewinnlern ersetzt wurden, den Krieg loben zu wollen, ist ein tolles Unterfangen. Wenn wir genau wüßten, ob Schlaikjer praktisch so gern fastet, wie er begeistert darüber schreibt, könnten wir feststellen, daß zu den durch Fasten ausgerotteten Krankheiten die Geisteskrankheiten jedenfalls nicht gehören.

Gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben an den Reichskanzler in der Frage des Ernährungswesens eine Denkschrift gerichtet, in der auf die steigende Unzufriedenheit, die aus allen Teilen des Reiches und den verschiedensten Volksschichten wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung in bitteren Klagen und Forderungen zum Ausdruck kommt. Diese Klagen seien wiederholt mündlich und schriftlich den zuständigen Stellen in eingehend motivierten Darlegungen unterbreitet worden, ohne daß in allen Fällen Antwort erlangt wurde. Vorschläge und ernste Mahnungen fanden leider nicht genügend Beachtung.

»So sind die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes ständig schlechter geworden. Jede Erhöhung des Lohnes, jede Teuerungszulage war längst durch die gesunkene Kaufkraft des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegs-ernährungsamtes, die lediglich durch Preisanreize eine Erhöhung der Produktion zu erzielen versuchte, führte gleich einer Schraube ohne Ende zu einer Vertueuerung aller Lebensmittel, die mit den gesteigerten Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden kann. Erzeuger und Händler sind trotzdem mit den Gewinnen noch nicht zufrieden. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld ihr Blut dem Vaterlande geben müssen, werden ihre Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von eigenen Volksgenossen ausgesogen, die durch schamlosen Wucher mit Lebensmitteln die letzten Kräfte der Armen verzehren. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maße unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der allernotwendigsten Lebensmittel. Die durch die öffentliche Bewirtschaftung erreichbaren Lebensmittel sind in ihrer Menge zu gering, um das Leben zu erhalten; so kann sich niemand dem Schleichhandel entziehen.

Für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushalts- und Wirtschaftsgegenstände müssen Phantasiepreise gezahlt werden, die für die meisten unerschwinglich sind. Seit Jahren konnte hier vielfach keine Ergänzung erfolgen. Vergeblich wehren sich Erhaltungswille, Ordnungsliebe und Reinlichkeitsbedürfnis gegen dieses Verhängnis. Alle Ersparnisse werden aufgezehrt, um nur das bloße Leben zu erhalten.

Mit dem Wirtschaftsniiedergang geht der körperliche Kräfteverfall Hand in Hand. Die lange andauernde Unterernährung bringt nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und alten Leute; Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aufs schwerste.

Eine Besserung der Ernährungsverhältnisse muß unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit dauernd nicht noch schwereren Schäden erleiden soll.

Leider hat gerade die letzte Zeit mehrfache Verschlechterungen gebracht. — Die wohlhabende Bevölkerung verschafft sich mit Hilfe des Schleichhandels ohne Rücksicht auf dessen fortgesetzt steigenden Preise doppelte Lieferung und hilft sich so über die fleischlosen Wochen und sonstigen Entbehren hinweg. Die Armen und Minderbemittelten

aber müssen 14 Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die zugesagten Ersatzmittel sind ungenügend und können die entgangene Fleischmahlzeit nicht ersetzen.

So sind Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Rückgrat unserer Volksernährung geworden. Deshalb ist es unabwiesbare Pflicht der verantwortlichen Stellen, der Bevölkerung schnellstens für diese Verschlechterung mindestens ein erhöhtes Maß von Kartoffeln zu geben. —

Trotzdem besteht die Absicht, der Kartoffelversorgung des kommenden Jahres wieder das unzureichende Quantum von sieben Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche zugrunde zu legen. Der Staatssekretär des Kriegs-ernährungsamtes gibt bekannt, daß diese Festsetzung als »vorläufige« bis zur Feststellung des Erntergebnisses zu gelten habe. Dann solle geprüft werden, ob eine Erhöhung möglich sei. Genau die gleiche Erklärung, derselbe tröstliche Hinweis ist der Bevölkerung noch aus dem verfloßenen Jahr in Erinnerung. Trotz der glänzenden Kartoffelernte war damals eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Woche nicht zu erreichen. Transportschwierigkeiten wurden als das Haupthindernis gegen die Erfüllung dieser Forderung ins Feld geführt. Jetzt wird der gleiche Einwand erhoben.

Im Volke ruft die Ankündigung neuer Erregung hervor. Sollte seine Erbitterung sich in Formen entladen, die wir nicht wünschen, so trifft die ganze Schwere der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reichs. Die Erfahrung hat gezeigt, daß im verfloßenen Jahr die Bevölkerung mit der Ration von sieben Pfund Kartoffeln nicht auskommen konnte. Wer es eben konnte, hat sich darüber hinaus selbst mit Kartoffeln versorgt. Die »Transportschwierigkeiten« des Kriegs-ernährungsamtes schufen eine glänzende Konjunktur für den Schleichhandel, der die Schwierigkeiten spielend überwand. So zwangen *organisatorische Unfähigkeit oder mangelnder Willen* das darbede Volk, 20—30 Mk. für den Zenter Kartoffeln zu zahlen. Die Eisenbahnen beförderten Tag für Tag Hunderttausende, die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte brachten. Die Folge also war, gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel und unwirtschaftliche Art der Zuführung von Lebensmitteln.

Eine reichlichere Belieferung mit Kartoffeln wirkt dem Schleichhandel erfolgreich entgegen. Was drakonische Strafbestimmungen niemals erzielen können, würde durch sie erreicht. Die Beibehaltung der Kartoffelration von sieben Pfund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden.

Bereits am 25. Januar 1918 erklärte Herr Professor Dr. Kuttner im Parlamentarischen Beirat des Kriegs-ernährungsamtes, daß eine Herabminderung der damals gegebenen Lebensmittel unerträglich und eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund das Gebot unabwiesbarer Notwendigkeit wäre, um das Minimum zur Erhaltung von Gesundheit und Leben zu erreichen.

Seit jener Zeit ist, wie wir ausführten, die Broitration herabgemindert, die Fleischration verkürzt, sind fleischlose Wochen eingeführt worden und durch steigende Teuerung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf 10 Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Wir müssen daher Eure Exzellenz aufs dringendste ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfaßt, durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Transportschwierigkeiten bewältigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldigst durchgeführt wird.

Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir einem Zustand entgegenstreben, der verhängnisvoll werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Begünstigung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.

Die Gewerkschaftsvertreter beim Reichskanzler!

Die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften, die sich auf ihrer Tagung vom 9. und 10. September 1918 mit der Lebensmittelkalamität beschäftigte, hatte einstimmig beschlossen, eine Delegation zum Reichskanzler zu entsenden. Der Empfang fand am Donnerstag, den 12. September statt und nahm nahezu 2 Stunden in Anspruch. Sprecher der sechs Vertreter war der Vorsitzende des Dachdeckerverbandes: Th. Thomas, Frankfurt a. M., der sich durch seine umfangreiche Tätigkeit im städtischen Kriegsküchen- und Ernährungswesen weit über die Grenzen Frankfurts einen Namen gemacht hat. Thomas ließ dann auch in der Schilderung des Elends und der Erbitterung der Arbeiter über die innerpolitischen Zustände an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Er forderte neben der Abstellung der Ernährungsmisere, die Regierung solle der Arbeiterschaft die Kleidung liefern wie den Soldaten, forderte eine allgemeine

Verkürzung der Arbeitszeit, weiter ein entscheidendes Machtwort in der Wahlrechtsfrage, Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur und eine unzweideutige Absage an die Alldeutschen und die Annexionspolitiker.

An der Antwort der Regierung beteiligten sich nicht weniger als fünf Regierungsvertreter. Zuerst antwortete Reichskanzler Graf Hertling, der die Versicherung bekräftigte, der Krieg werde nicht länger dauern als zur Verteidigung unbedingt notwendig sei. Heeresleitung und Reichsregierung seien einmütig gegen jede Eroberung. Für das gleiche Wahlrecht würde er mit seiner ganzen Person eintreten und den Landtag auflösen, sobald keine Verständigung zu erzielen sei. (Einstweilen gibt sich das Herrenhaus die denkbar größte Mühe, Königswort, Ansehen der Regierung und die Vorlage der Regierung bis zur Unkenntlichkeit zu versmandeln. D. R.) Über die Mißgriffe im Vereins- und Versammlungsrecht und im Zensurwesen bat sich Staatssekretär Wallraf das Material aus, und wies auf bevorstehende neue entscheidende Besprechungen mit den einzelnen Generalkommandos hin. Staatssekretär Waldow betonte, daß stärkere Mittel zur Erfassung der Lebensmittel nicht zur Verfügung ständen. Die Wiederherstellung der vollen Broitration trete bestimmt ein; aber die zu erwartende schlechte Kartoffelernte und unüberwindliche Transportschwierigkeiten gestatten es nicht, eine größere Kartoffelration in Aussicht zu stellen. Eine allgemeine Verbesserung der Ernährung könne nicht in Aussicht gestellt werden, aber ganz bestimmt werde sie nicht schlechter werden.

Staatssekretär von Stein schilderte die Schwierigkeiten der Bekleidungsfrage. Die Ersatzmittel müßten auch für die Arbeiterkleidung ausgenutzt werden. Die Gewerkschaftsforderungen zum Friedensvertrag hätten bei den Verhandlungen mit Rußland infolge der besonderen Lage und der gebotenen Eile zurückgestellt werden müssen, seien aber nicht vergessen. Für die künftigen Friedensunterhandlungen sei das deutsche Programm für die internationale Sozialgesetzgebung fertig ausgearbeitet. Die internationalen Arbeiterschutzverträge würden nicht vergessen werden.

Oberst Braun vom Kriegsamt versicherte, die Frage der Arbeitszeitverkürzung werde ernsthaft geprüft. Sie werde überall sofort durchgeführt, wo es ohne Produktionsausfall möglich sei. Im Bergbau sei sie freilich gänzlich ausgeschlossen.

Reichstagsabgeordneter Legien entgegnete, bei den hoffnungslosen Auskünften über die Ernährungsfrage sei die bisherige Arbeitszeit nicht länger durchzuführen.

Danach schloß Reichskanzler Graf Hertling die viel Trostworte aber keine tatsächlichen Ergebnisse bietende Aussprache.

Keine sozialpolitischen Klauseln in den deutsch-russischen Ergänzungsverträgen.

Die »Soziale Praxis« stellt mit Entrüstung fest, daß auch in den deutsch-russischen Ergänzungsverträgen international-sozialpolitischen Abmachungen nicht eine Zeile gewidmet ist, obwohl sämtliche sozialpolitischen Körperschaften dringend dazu geraten hatten und der Reichstag auf Anregung Davids und unter Befürwortung Stresemanns der Reichsregierung einstimmig anempfahl, den internationalen Arbeiterschutz bei künftigen Friedensverhandlungen ernsthaft zu berücksichtigen und zu fördern. Mit vollem Recht erklärt die »Soziale Praxis« zu dieser sonderbaren sozialpolitischen Obstruktion der Reichsregierung:

»Wir glauben nicht, daß die Reichsregierung bei der Arbeiterschaft noch ein so großes Kapital von Vertrauen zu verwirklichen hat, daß sie es sich leisten kann, sie nicht nur bei großen Gelegenheiten wie der preußischen Wahlreform, sondern auch bei kleineren durch Zusagen, deren Erfüllung verschiebt wird, zu verstimmen. Im vorliegenden Falle hätte ihr ein Entgegenkommen nichts gekostet als etwas guten Willen. Diesen hätte sie selbst dann aufbringen können, wenn sie — fälschlich — in den sozialpolitischen Vereinbarungen mit der Sowjetregierung nur eine Demonstration für einen großen Menschheitsgedanken hätte erblicken wollen.

Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Kann sich wirklich der Reichstag damit abfinden, daß die Regierung kühl über seine einmütigen Anregungen hinweggeht? Das ist auf sozialpolitischen Gebieten in den Kriegsjahren schon wiederholt geschehen, u. a. in der Frage der gesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweiswesens. Es wird gut sein, wenn er keinen Zweifel darüber läßt, daß zumindest gute und starke Gründe vorliegen müssen, wenn seine Wünsche übergangen werden. Die deutsche Arbeiterschaft hat einen Anspruch darauf, daß der Volksvertretung diese Gründe mitgeteilt werden.«

Man darf gespannt darauf sein, ob die deutschen Unterhändler irgend etwas zu ihrer Entschuldigung vorzubringen haben. Wenn wir recht unerrichtet sind, sind sie auch noch persönlich auf die Bedeutung dieser ihnen allerdings ziemlich fernliegenden Fragen hingewiesen worden.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Gegen die Teuerung!

Breslau. Zum dritten Male haben die Kollegen geschlossen Lohnforderungen gestellt. Das Lob, welches im März dieses Jahres dem solidarischen Verhalten der Kollegen gespendet wurde, muß diesmal etwas eingeschränkt werden; die lange Dauer des Krieges wirkt zermürend selbst auf die edelsten Bestrebungen der Menschen. Trotzdem ist das Resultat nicht unbeachtlich. Es erhielten 5 Kollegen à 3 Mk. pro Woche, 1 à 4, 4 à 5, 15 à 6, 7 à 7, 3 à 8, und 5 à 10 Mk. Der Durchschnitt beträgt 6,30 Mk. pro Woche, wodurch der Durchschnittslohn auf etwas über 60 Mk. gestiegen ist. Der niedrigste Lohn ist 48, der höchste 69 Mk. Die Bewegung fand in 17 Anstalten statt und wurde in 15 erfolgreich abgeschlossen, während 5 Kollegen in 2 Betrieben durch eigene Teilnahmslosigkeit leer ausgingen.

Danzig. Die hiesigen Firmen bewilligten unseren Kollegen wieder eine Zulage von 10 Mk. wöchentlich, der am 1. Dezember dieses Jahres eine weitere von 4 Mk. folgen soll. Damit sind die seit einiger Zeit etwas zurückgebliebenen Löhne aufge bessert und anderen Provinzdruckorten gleichgestellt worden. Die Löhne betragen bis 74,50 Mk. in Elbing, zur Mitgliedschaft Danzig gehörig, wurden ebenfalls Zulagen gewährt und schwanken hier die Löhne zwischen 53 und 65 Mk.

Magdeburg. Mit Ausnahme der Firma Bestehorn ist die letzte Lohnbewegung abgeschlossen worden. Beteiligt sind an dem Abschluß Lithographen, Stein- und Lichtdrucker, insgesamt 30 Kollegen in 11 Firmen. Es erhielten 2 Kollegen 5 Mk. wöchentlich, 2 à 6, 1 à 8, 23 à 10 und 1 à 11 Mk. Durchschnittlich erhielt jeder Kollege 9,36 Mk. pro Woche. Der niedrigste Lohn eines Ausgelernten beträgt 44 Mk., der höchste Lohn ist 69,75 Mk. Der durchschnittliche Wochenlohn ist damit auf 61,26 Mk. gestiegen. Die Firma Bestehorn hat in ihrer Antwort sich bereit erklärt, die ortsüblichen Löhne zu zahlen, die Erfüllung des gegebenen Wortes steht noch aus.

Offenbach a. M. Unsere Kollegen standen in ihren Lohnverhältnissen gegen fast alle anderen Städte Deutschlands erheblich zurück und hatten auch nebenher die Vergünstigungen auf Ferien eingebüßt. Zusammenschluß und gemeinsame Aufstellung von Forderungen schufen die alte Position gegenüber den Unternehmern wieder und selbst die Unorganisierten hatten so etwas wie Einsicht in die Dinge. So gelang es denn auch die Löhne für ca. 20 Kollegen von 50 und 52 Mk. auf 60-64 Mk. zu steigern. Ebenso gelang es die früheren Ferien wieder neu festzusetzen und nur in den Schutzverbandsfirmen ist dieser Kampf noch nicht abgeschlossen worden. Dieses Beispiel, das volle Anerkennung verdient, sollte noch manche Mitgliedschaft veranlassen ein gleiches zu tun.

Stettin. Die Kollegen sämtlicher Firmen haben eine weitere Zulage von 10 Mk. pro Woche erhalten. Die Löhne bewegen sich nunmehr von 59 bis 70 Mk. Die Zulagen wurden anlässlich der allgemeinen Buchdruckerbewegung unseren Kollegen gewährt und damit einem dringenden Verlangen der Berufsangehörigen entsprochen. Eine vom Gauvorstand in Aussicht genommene Bewegung, zwecks Lohnerhöhung, zu der die Vorarbeiten durch Aufnahme einer Lohnstatistik bereits eingeleitet waren, ist dadurch vorläufig gegenstandslos geworden.

Feuilleton.

Der Dr.-Zug.

Jawohl, das gibt es! Gleichwie es D., P., G., Muz.-*) Züge gibt, so gibt es jetzt auch Dr.-Züge. Natürlich sind sie, wie vieles andere eine Errungenschaft des Krieges. Ausgesprochen wird das Wort Druckerei-Zug.

Der Krieg hat vieles gewandelt und umgewertet. Dazu gehört auch die Tatsache, das man jetzt mancherlei auf Räder stellt, was früher für unmöglich galt. Ich glaube, der Tommy war hierin der Lehrmeister. Die Engländer waren meines Wissens die ersten, die Mordmaschinen, das heißt ihre großen Schiffgeschütze, für die sie wider Erwarten ziemlich wenig Verwendung hatten, auf Eisenbahnwagen montierten und unseren Nachschub in Flandern durch weitreichendes Beschießen oft ganz empfindlich störten. — Daß derartiges durch die leichte Beweglichkeit von Ort zu Ort praktisch ist, und zwar nicht nur für die Werkzeuge der Zerstörung, war leicht einzusehen. Bald gab es Entlausungs- und Bade-Züge, fahrbare Feldschustereien, Mineralwasserfabriken und sonst dergleichen.

Und nicht zuletzt verfiel man auf den Gedanken, auch für die Zwecke des Kartendruckes die Eisenbahn verfügbar zu machen. Den Wert einer guten Karte kennt vielleicht mancher; was aber eine gute Karte im Kriege bedeutet, davon haben doch nur die Eingeweihten den rechten Begriff. Die Arten und Mengen der Karten sind in diesem Kriege ganz ungeheuer gewachsen. Aus naheliegenden Gründen kann hier natürlich nicht auf die einzelnen Kartenarten eingegangen werden; es möge genügen, wenn gesagt wird, daß das Kartenbild sehr vielen Zwecken nutzbar gemacht wird. Die wichtigsten Karten sind die Infanterie- und Artilleriestellungskarten. Was Flieger erkundet haben, was durch Erkundungsvorstöße von der feindlichen Stellung festgestellt ist, oder was Meßtrupps mit Bezug auf die Artillerie gemessen haben, wird durch Zeichner in den Grundriß der Karte eingetragen und durch irgend ein Verfahren für den Druck in der Schnellpresse geeignet gemacht. Nebenbei sei bemerkt, daß naturgemäß von den Erkundungsergebnissen die Flieger den größten Anteil stellen. Bei jedem einigermaßen günstigem Wetter ziehen sie aus zur Beobachtung und Photographie der feindlichen Stellungen. Und so ist man durch die stets wiederholte Korrektur immer auf dem laufenden, wie es beim Feinde drüben aussieht. Nun ist es nicht überall möglich zu drucken, wenigstens größere Formate und höhere Auflagen. In Feindesland namentlich ist das oft sehr schwer, schon in der Etappe, viel mehr noch in der Frontnähe, wo viel zerstört ist. Dem hilft in wirksamer Weise der Dr.-Zug ab. Der Zug kann in verhältnismäßig kurzer Zeit überall hingeführt werden, also stets da eingreifen, wo viel Arbeit zu erledigen ist, und das ist sein Hauptzweck. Denn beim Militär wird im allgemeinen im langsamen Tempo gearbeitet; wenn aber eine Arbeit zu machen ist, die wirklich eilt, dann heißt es drauf und dran!

Wir wollen uns mal einen solchen Dr.-Zug näher ansehen und das Leben und Treiben in ihm beobachten.

Da haben wir zunächst den Maschinenwagen. In ihm befindet sich eine Dampfmaschine, meist eine sogenannte Lokomobile. Nur hat unsere, wie dies bei derartigen Dampfmaschinen sonst der Fall ist, keine Räder, sondern ist fest auf den Wagenboden montiert. Diese Dampfmaschine treibt ein elektrisches Dynamo zur Erzeugung von Strom zum Betrieb der lithographischen Schnellpresse

*) Militär-Urlauber-Züge.

und für das Licht. Außerdem befinden sich in dem Wagen Akkumulatoren-Batterien zur Aufspeicherung von Strom, um auch zu Zeiten, wenn die Lokomobile nicht arbeitet, Licht zu haben. Ferner sind Kohlenbunker und Wasserbehälter vorhanden. Eine Pumpe für Wasser, die notwendigen Schalt-einrichtungen und eine kleine Schlosserwerkstatt vervollständigen das Ganze.

Ein weiterer Wagen enthält die photographische Einrichtung. Der Wagen für diese hat an der einen Stirnseite einen abschließbaren Raum mit Rot- und Gelbfenstern als Dunkelkammer, der gleichzeitig als Aufbewahrungsort für die Chemikalien des Photographen dient. An der anderen Stirnseite sind Arbeitstische angebracht. Einen größeren Raum nimmt der Reproduktionsapparat auf seinem Schwungstativ ein, daneben befindet sich ein pneumatischer Kopierrahmen größeren Formates, auch ein Projektionsapparat ist meist vorhanden. Da der Photograph zu seiner Arbeit viel fließendes Wasser braucht, so ist ein starkes Wasserrohr im oberen Teil des Wagens angebracht, das durch die Pumpe im Maschinenwagen gespeist werden kann und mit Rohrleitungen nach den Arbeitsplätzen versehen ist. In der Regel ist in dem Photowagen auch der Fernsprecher untergebracht, da das geräuschlose Arbeiten hier die Verständigung gewährleistet. Nun kommen wir zum Druckwagen; in ihm herrscht große Enge. Denn die Schnellpresse allein nimmt schon den größten Teil des Raumes ein. Neben ihr steht aber noch eine Handpresse, ferner ist der Antriebsmotor da, dann Farbsteine für Hand- und Schnellpresse, Heizkörper, Regal für die Walzen, sonstige Regale für Umdruck-Papier, Aufsteckkarten, Wandschränke für Farben, Firnis u. s. w. dann müssen noch Platten, ein Druckfundament, auch Steine manchmal und Abdruckstöbe untergebracht werden. Daß es da enge zugeht, liegt klar auf der Hand. Wenn der Eingeweihte, selbst der Fachmann die Handlung im Wagen das erste Mal sieht, ist er erstaunt, daß die Arbeit überhaupt unter diesen Verhältnissen möglich ist. Weiter hat der Zug einen Vorrätewagen zum Aufbewahren der nötigen Materialien, namentlich Papier, Gummi, Säuren, Farben, Firnis, Putzöl und dergleichen. Der Wagen dient meist auch dem Lithographen und dem Schleifer als Arbeitsraum. Alle diese geschilderten Wagen müssen gedeckte Güterwagen sein, in die Fenster eingebaut sind. Jedes Fenster ist selbstverständlich zum Schutz gegen Fliegerstrahl in der Nacht bei Innenbeleuchtung mit Vorhängen versehen.

Meist führen die Züge außer diesen Wagen noch einen weiteren offenen, eine sogenannte Lore. Sie dient zur Aufnahme größerer Gegenstände auf der Reise, Tische, Stühle, Wasserrohre, Kisten und dergleichen. Kohlen werden ebenfalls mitgeführt, vielfach auch Schwellen und Eisenbahnschienen für ein Standgeleis; denn es kommt vor, daß am Standort kein geeignetes Geleis zur Verfügung steht. Zu den mit Schiebetüren versehenen Wagen führen einhakenbare Leitertreppen, die auf der Fahrt unter den Wagen verstaut werden.

An die Herrscher der Erde.

Soll wieder unsre Welt im Blute schwimmen, weil euer Herrscherstolz bebaut, und euer Donnerruf die Stimmen der Friedensöhne übersdreht? Ach, schrecklich ist's, der Menschen Mark vergeuden, und mit der Würgehand umwühlen in der Menschen Eingeweiden, vom Schlachtendurst entbrannt! Steckt eure Schwerter in die Scheide, laßt eure Donnerschlände ruh'n! Gib's größern Ruhm, gib's rein're Freude, als Friede geben, Gutes tun?*

Chr. Fr. Daniel Schubart.

Stellenangebote

Wir suchen perfekte
Strichätzer
in Dauerstellung.
F. Gühl & Co., Frankfurt a. M.

Photograph, Farb-, Schwarz- und Strichätzer
in dauernde Stellung gesucht.
Mengel & Walter, Breslau, Moritzstr. 19.

Farben- u. Schwarzätzer
in dauernde Stellung gesucht. Angebote über Lohn und bisherige Tätigkeit erbeten an
Eberhard Schreiber, Leipzig, Täubchenweg 20.

Wir suchen zum 1. Oktober für unsere photo-chemigraphische Abteilung zur Unterstützung des Vorstehers einen erfahrenen
Photo-Tekniker
der die Klichsche-Herstellung vollständig beherrscht. Ausführliche Offerten unter Angabe der Gehaltsansprüche an die Buchdruckerei
Rudolf Mosse, Berlin SW.
Jerusalemstr 46-49.

Inserate
sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

Farbenätzer,
erste Kraft, selbständig arbeitend, suchen zum möglichst sofortigen Antritt
J. G. Scheller & Giesedie, Leipzig, Brüderstr. 26-28.

Steindruck-Maschinenmeister

für Chromodruk und auch Rotation suchen sofort
Hollerbaum & Schmidt, Berlin, Reinickendorferstr. 98.

Verschiedenes
Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Auskünfte durch die
Kunstgewerbeschule
Barmen

Der praktische Umdruker
von Bernhard Enders.
Inkl. Porto 85 Pfg.
Conrad Müller, Schkeuditz.

Schnuhr's flüssiges Steingummi
bietet vollen Ersatz für echtes Gummi arabicum, nicht als Klebstoff, sondern zum Präparieren von Lithographie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platten. Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen. Per Kilo Mark 7,50.
H. Schnuhr, Hamburg 22, Richdardstraße 49.
Chemisch-technische Druckpräparate.